



2. FORUM ENDLAGERSUCHE

Folgeveranstaltung zur Diskussion und Abstimmung der Anträge



Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung

Inhalt

1. Wirksame Beteiligung - Anträge des 2. Forum Endlagersuche 2023	Seite 03
<hr/>	
2. Antragskommission des 2. Forum Endlagersuche 2023	Seite 03
<hr/>	
3. Graphic Recording	Seite 04
<hr/>	
4. Anträge	Seite 09
Lesehilfe	Seite 10
Antrag zur Reduktion finanzieller Risiken bei der Zwischen- und Endlagerung	Seite 11
Antrag zu schwach- und mittelradioaktiven Müll jetzt verstärkt einbeziehen	Seite 12
Antrag zur Zwischenlagerung - Eine Stimme den Regionen!	Seite 13
Antrag für eine Zeitplanung des BASE, ergänzend zum Zeitplan der BGE	Seite 14
Antrag zur Transparenz im lernenden Verfahren	Seite 15
Antrag zu Input des Forums Endlagersuche zur Gesetzgebung erarbeiten	Seite 16
Antrag zur AG 1: Geologie und Technik: Evaluierung der Vorschläge der vortragenden Wissenschaftler zur Eingrenzung der Gebiete	Seite 17
Antrag zur Prozessoptimierung und Beschleunigung	Seite 18
Antrag zur Integration Abteilung Aufsicht (A) und Forschung (F) des BASE in die Öffentlichkeitsbeteiligung	Seite 19
Antrag zur Praktizierung der begleitenden Aufsicht	Seite 20
Antrag zur Fortsetzung unabhängiger transdisziplinärer Forschung	Seite 21
Antrag zur Verbesserung der Mitgestaltung der Öffentlichkeit beim 3. Forum Endlagersuche	Seite 22
Antrag zum Forum für die fachöffentliche Diskussion	Seite 23
Antrag zur langfristigen Vorbereitung der Beteiligung in den Regionalkonferenzen	Seite 24
Antrag zur besseren Auffindbarkeit von Beteiligungsformaten/-ergebnissen auf der Infoplattform	Seite 25
Antrag zu intelligentem natursprachlicher Zugang zu Informationsportalen	Seite 26
Antrag zu mehr Transparenz bei der Darstellung von Informationen zu Endlagervorhaben	Seite 27
Antrag zur Erarbeitung von Arten der Darstellung von Ergebnissen in Phase II	Seite 28
Antrag zur Kommunikationsplattform für die Beteiligung im StandAV	Seite 29
Antrag zu Austauschformaten verschiedener Interessengruppen (im StandAV)	Seite 30
Antrag zur angemessenen Berücksichtigung von Human Intrusion bei der Standortauswahl	Seite 31
Antrag zur Erarbeitung der Anwendung der Inhalte des StandAG Anlage 3 (zu § 24 Absatz 3)	Seite 32
Antrag zu Geo-Kriterien bei der rvSU zielgerichtet	Seite 33
Antrag zur Beseitigung von Unsicherheiten in der Anwendung des StandAG Anlage 11 (zu § 24 Absatz 5) für Salzgesteine in steiler Lagerung	Seite 34
Antrag zur Erarbeitung der Darstellung von Ergebnissen der Phase I	Seite 35
Antrag zur Unklarheit der Methoden bei rvSU	Seite 36
Antrag zu wirtsgesteinsabhängigen Vergleichen in A-Gebieten	Seite 37
Antrag zur Berücksichtigung von unterschiedlichen Gesteinen im Kristallin?	Seite 38
Antrag zu wissenschaftlich anerkannte Daten als Auswahlkriterium zur Erdbebengefährdung	Seite 39
<hr/>	
5. Protokoll	Seite 40

Wirksame Beteiligung - Anträge des 2. Forum Endlagersuche 2023

Am 17. und 18. November 2023 fand das 2. Forum Endlagersuche in Halle (Saale) statt. Insgesamt diskutierten 720 Teilnehmende analog und digital die Konsequenzen der veränderten Zeithorizonte auf die Endlagersuche und damit auf die nukleare Sicherheit in Deutschland. Neben den Fachvorträgen, Diskussionen und der Vernetzung sind Anträge ein wesentliches Instrument des Forum Endlagersuche (Geschäftsordnung des Forum Endlagersuche, Paragraph 9). Alle Teilnehmenden des Forum Endlagersuche können Anträge zu Themen der Endlagersuche einreichen. Erreicht ein Antrag das nötige Quorum von 15 Unterstützer:innen, wird er in die Abstimmung gegeben. Es reicht eine einfache Mehrheit zur Annahme eines Antrags als Beschluss. Die angenommenen Anträge haben empfehlenden Charakter und werden an die Akteure des Verfahrens adressiert. Eine bei jedem Forum von den Teilnehmenden neu zu wählende Antragskommission organisiert und begleitet den Prozess. Die Aufgaben der Kommission sind in der Geschäftsordnung des Forums festgehalten.

Auf dem 2. Forum Endlagersuche sind insgesamt 31 Anträge zu verschiedenen Themen der Endlagersuche eingegangen. Alle Anträge erreichten das notwendige Quorum von 15 Unterstützer:innen. Da eine angemessene Beratung der Anträge aus zeitlichen Gründen während der Veranstaltung nicht möglich war, entschied sich die Mehrheit der Teilnehmenden für einen separaten digitalen Termin.

Am 26.01.2024 wurden die Anträge in einer Folgeveranstaltung des Forums diskutiert und abgestimmt. In der Zeit vom 2. Forum Endlagersuche und der Veranstaltung zur Diskussion und Abstimmung der Anträge beschäftigte sich die Antragskommission mit den Anträgen. In Rücksprache mit den Antragsstellenden ergaben sich textliche Änderungen und die Zusammenlegung von 3 Anträgen. Dementsprechend standen in der Folgeveranstaltung vom 26.01.2024 insgesamt 29 Anträge zur Abstimmung.

Die Anträge, die im Wesentlichen Vorschläge für die Gestaltung des weiteren Prozesses zur Standortauswahl sind, behandeln z. B. das methodische Vorgehen der BGE mbH bei der Ermittlung der Standortregionen, die Organisation des nächsten Forum Endlagersuche, Fragestellungen zur Zwischenlagerung, die Vernetzung von Teilgebieten und künftigen Standortregionen sowie den transdisziplinären wissenschaftlichen Austausch.

Antragskommission des 2. Forum Endlagersuche 2023

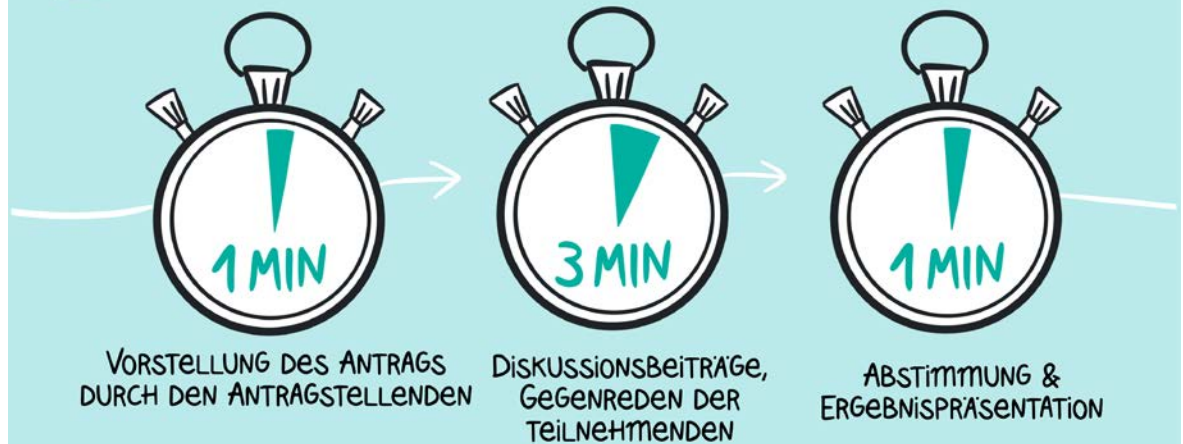
- Prof. Dr. Anne-Dore Uthe (ehem. Mitglied PFE)
- Dr. Daniel Lübbert (Mitglied PFE)
- Jörg Hacker (Mitglied PFE)
- Eva Bayreuther (Mitglied PFE)
- Dr. Monika Arzberger (BASE, beratendes Mitglied)

Graphic Recording der Veranstaltung

ANTRAGSBERATUNG des 2. FORUM ENDLAGERSUCHE

26.01.2024 (ONLINEVERANSTALTUNG)

DER ABLAUF



GRAPHIC RECORDING
 MANUEL RECKER DE

ANTRÄGE ANLÄSSLICH DES 2. FORUM ENDLAGERSUCHE

1

KENFO

ANTRAGSNUMMER 034 **ANGENOMMEN**

SCHWACH- UND MITTLERADIOAKTIVER MÜLL

ANTRAGSNUMMER 018 **ABGELEHNT**

ZWISCHENLAGERUNG

ANTRAGSNUMMER 032 **ANGENOMMEN**

ZEITPLANUNG DES BASE ERGÄNZEND ZUM ZEITPLAN BGE

ANTRAGSNUMMER 026 **ANGENOMMEN**

TRANSPARENZ & BETEILIGUNG

ANTRAGSNUMMER 020 **ANGENOMMEN**

ERARBEITUNG INPUT FE ZUR GESETZGEBUNG

ANTRAGSNUMMER 030 **ANGENOMMEN**

GRAPHIC RECORDING
 MANUEL RECKER DE

ANTRÄGE ANLÄSSLICH DES 2. FORUM ENDLAGERSUCHE

2

AG 1 EVALUIERUNG VORSCHLÄGE
 VORTRAGENDER WISSENSCHAFTLER
 ZUR GEBIETSEINGRENZUNG



ANTRAGSNUMMER 035

ANGENOMMEN

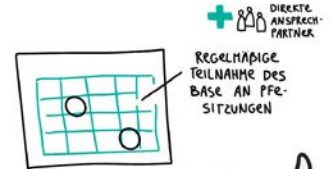
AG 9 PROZESSOPTIMIERUNG
 UND BESCHLEUNIGUNG



ANTRAGSNUMMER 031

ANGENOMMEN

Einbinden der
 ABTEILUNGEN A UND F



ANTRAGSNUMMER 014

ANGENOMMEN

BEGLEITENDE AUFSICHT
 PRAKTIZIEREN



ANTRAGSNUMMER 028

ANGENOMMEN

FORSCHUNG



ANTRAGSNUMMER 016

ANGENOMMEN

VERBESSERUNG
 MITGESTALTUNG
 ÖFFENTLICHKEIT



ANTRAGSNUMMER 007

ABGELEHNT

GRAPHIC RECORDING
 MANUEL RECKER DE

ANTRAGSBERATUNG DES 2. FORUM ENDLAGERSUCHE

3

FACHÖFFENTLICHE
 DISKUSSION



ANTRAGSNUMMER 029

ANGENOMMEN

BETEILIGUNG
 REGIONALKONFERENZEN



ANTRAGSNUMMER 012

ANGENOMMEN

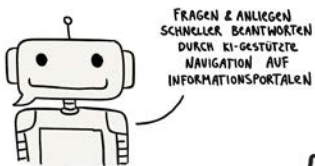
INFOPLATTFORM



ANTRAGSNUMMER 017

ANGENOMMEN

INTELLIGENTER NATURSPRÄCHLICHER
 ZUGANG ZU INFORMATIONSPORTALEN



ANTRAGSNUMMER 019

ANGENOMMEN

VORBEREITUNG ZUM
 BESSEREN VERSTÄNDNIS
 VON PHASE III



ANTRAGSNUMMER 036

ABGELEHNT

VORBEREITUNG ZUM
 BESSEREN VERSTÄNDNIS
 VON PHASE II



ANTRAGSNUMMER 037

ABGELEHNT

GRAPHIC RECORDING
 MANUEL RECKER DE

ANTRAGSBERATUNG DES 2. FORUM ENDLAGERSUCHE

4

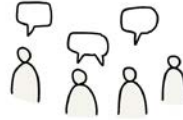
KOMMUNIKATIONS-
 PLATTFORM



ANTRAGSNUMMER 033

ABGELEHNT

AUSTAUSCHFORMATE FÜR
 INTERESSENGRUPPEN IM
 STANDAV



ANTRAGSNUMMER 013

ANGENOMMEN

HUMAN INTRUSION



ANTRAGSNUMMER 001

ANGENOMMEN

VORBEREITUNG ZUM
 BESSEREN VERSTÄNDNIS
 DER
 GEOWISSENSCHAFTLICHEN
 ABWÄGUNGSKRITERIEN

ANTRAGSNUMMER 038

ZURÜCKGEZOGEN

Geo-Kriterien bei der
 RVSU ZIELGERICHTET



ANTRAGSNUMMER 024

ANGENOMMEN

BESCHLEUNIGUNG DES
 VERFAHRENS

ANTRAGSNUMMER 039

ZURÜCKGEZOGEN

ANTRAGSBERATUNG DES 2. FORUM ENDLAGERSUCHE

5

DARSTELLUNG ERGEBNISSE
 PHASE I

ANTRAGSNUMMER 005

ZURÜCKGEZOGEN

UNKLARHEITEN DER
 METHODIK RVSU



ANTRAGSNUMMER 021

ANGENOMMEN

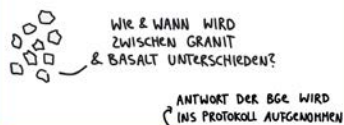
WIRTSGESTEINSABHÄNGIGE
 VERGLEICHE IN A-GEBIETEN



ANTRAGSNUMMER 023

ANGENOMMEN

BERÜCKSICHTIGUNG VON
 UNTERSCHIEDLICHEN
 GESTEINEN IM KRISTALLIN



ANTRAGSNUMMER 022

ZURÜCKGEZOGEN

DATEN ZUR
 ERDBEBENGEFÄHRDUNG



ANTRAGSNUMMER 011

ANGENOMMEN

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

20 ANGENOMMEN

5 ABGELEHNT

4 ZURÜCKGEZOGEN

EINLEITUNG

GRAPHIC RECORDING

ANTRÄGE

PROTOKOLL

ANTRAGSBERATUNG DES 2. FORUM ENDLAGERSUCHE

ANTRAGSNUMMER 034 - FATHI, FARRAS / FRENZEL, MARCUS / FACHTAN, LUKAS / SAUERWEIN, Fynn / GÜTTE, ANASTASIA

ANTRAGSNUMMER 018 - VON OPPEN, ASTA

ANTRAGSNUMMER 032 - HUNGER, JOHANNES

ANTRAGSNUMMER 026 - BAYREUTHER, EVA; LÜBBERT, DANIEL; GAEBEL, BETTINA

ANTRAGSNUMMER 020 - FOX, ANDREAS

ANTRAGSNUMMER 030 - RÖHLIG, KLAUS-JÜRGEN

ANTRAGSNUMMER 035 - KÖGLER, SIMON

ANTRAGSNUMMER 031 - VON OPPEN, ASTA

ANTRAGSNUMMER 014 - HELTEN, OLIVER

ANTRAGSNUMMER 028 - LÜBBERT, DANIEL; HUNGER, JOHANNES

ANTRAGSNUMMER 016 - GAEBEL, BETTINA

ANTRAGSNUMMER 007 - WALDBAUER, MARTIN

ANTRAGSNUMMER 029 - KÜHN, MICHAEL

ANTRAGSNUMMER 012 - HASFORD, RALF

ANTRAGSNUMMER 017 - GAEBEL, BETTINA

ANTRAGSNUMMER 019 - UTHE, ANNE-DORE

ANTRAGSNUMMER 036 - WALDBAUER, MARTIN

ANTRAGSNUMMER 037 - WALDBAUER, MARTIN

ANTRAGSNUMMER 033 - WALDBAUER, MARTIN

ANTRAGSNUMMER 013 - HELTEN, OLIVER

ANTRAGSNUMMER 001 - NIEMEYER, MATTHIAS

ANTRAGSNUMMER 038 - WALDBAUER, MARTIN

ANTRAGSNUMMER 024 - SCHENK, TOBIAS

ANTRAGSNUMMER 039 - WALDBAUER, MARTIN

ANTRAGSNUMMER 005 - WALDBAUER, MARTIN

ANTRAGSNUMMER 021 - SCHENK, TOBIAS

ANTRAGSNUMMER 023 - SCHENK, TOBIAS

ANTRAGSNUMMER 022 - SCHENK, TOBIAS

ANTRAGSNUMMER 011 - AKHIGBE, ANDREA

Anträge

des 2. Forum Endlagersuche 2023

17.11.2023 bis 18.11.2023 in Halle (Saale)
Antragsberatung des 2. Forum Endlagersuche
am 26.01.2024 (Onlineveranstaltung)

Auf den folgenden Seiten sind die Anträge in der Reihenfolge aufgeführt, wie sie auf der Veranstaltung am 26.01.24 vorgetragen, diskutiert und abgestimmt wurden.

Pro Seite befindet sich ein Antrag.

In der Kopfzeile sind die Meta-Daten des Antrags vermerkt:

Links steht das Datum der Einreichung bzw. das Datum, an dem der textlich angepasste Antrag eingereicht wurde.

So findet sich z.B. bei Antrag Nummer 3 das Datum des 08.01.2024.

Die Nummer des jeweiligen Antrags befindet sich oben mittig. Da es bei einigen Anträgen zu einer textlich-inhaltlichen Überarbeitung kam und die Reihenfolge der Einreichung nicht die Reihenfolge der Anträge in der Veranstaltung ist, ergeben sich verschiedene Nummern.

So findet sich z. B. bei Antrag Nummer 3 folgende Zahlenkombination:
Nr. 3 / 032 (vormals 025).

Die erste Nummer beschreibt die Reihenfolge in der Veranstaltung am 26.01.24.

Die zweite Nummer gibt die Reihenfolge der Einreichung wieder.

Die dritte Nummer weist daraufhin, dass dieser Antrag durch die Antragsstellenden überarbeitet, als Antrag 025 eingereicht und als Antrag 032 erneut aufgenommen wurde.

Veränderungen der Anträge wurden mit einer neuen Nummerierung der entsprechenden Anträge kenntlich gemacht.

Die Anzahl der Unterstützer:innen des Antrags befindet sich oben rechts.

Nach dem Titel des Antrags folgen Angaben zu Antragsstellenden und Adressat:innen.

Die Texte sowie Schreibweisen der Anträge werden im Original der:des Antragsstellenden abgebildet.

Untenstehend findet sich das jeweilige Abstimmungsergebnis.

Reduktion finanzieller Risiken bei der Zwischen- und Endlagerung

Referent:innen (Institution):

Fathi, Farras / Frenzel, Marcus / Fachtan, Lukas / Sauerwein, Fynn / Gutte, Anastasia
(Vertreter:innen junge Generation im PFE (U-35), Mitglieder im Rat der jungen Generation)

Adressat:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
(BMUV), Planungsteam Forum Endlagersuche (PFE), Nationales Begleitgremium (NBG)

ANTRAG

Der Rat der jungen Generation (RdjG) fordert die Durchführung einer Veranstaltung, die vom Planungsteam Forum Endlagersuche (PFE) organisiert wird, um über die langfristig gesicherte Finanzierungsperspektive der Zwischen- und Endlagerung in Deutschland zu beraten. Ein zentrales Element soll die Erörterung potenzieller Ungewissheiten in Bezug auf die gegenwärtige Finanzierungslösung sein - verbunden mit der Entwicklung alternativer Lösungsansätze sowie der Erarbeitung konkreter Empfehlungen an den Deutschen Bundestag.

BEGRÜNDUNG

Bei der Fachtagung „Zwischen. Sicher? Ende?“ des atommüllreports in Hannover hat Prof. Dr. Irrek (Hochschule Ruhr West) ein beunruhigendes Bild der Ausstattung des Kernentsorgungsfonds (KENFO) skizziert. Die Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung ist ein Thema, das ganz klar den Aspekt der Generationengerechtigkeit berührt und nach dem Standortauswahlgesetz (StandAG) unter „unzumutbare[r] Lasten“ erfasst werden muss. Die finanziellen Ressourcen kommender Generationen sollten nicht als primäre Lösungsansätze für die Bewältigung der finanziellen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Atommüll-Problem in Deutschland dienen. Die finanzielle Belastung zukünftiger Generationen durch die Zwischen- und Endlagerung gilt es soweit wie möglich auszuschließen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 Ja-Stimmen: 37 | Nein-Stimmen: 19 | Enthaltungen: 16

Schwach- und mittelradioaktiven Müll jetzt verstärkt einbeziehen

Referent:innen (Institution):

von Oppen, Asta (Vertreterin kommunaler Gebietskörperschaften im PFE)

Adressat:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH

ANTRAG

Wir fordern:

1. Die Entwicklung von endlagerspezifischen vorläufigen Sicherheitskonzepten und Beschreibung der Auslegungen, inklusive aller Analysen zur Sicherheit, entsprechend der §§ 6 -11 der EndSiAnfV * für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle (SMA),
2. die Anpassung der Sicherheitsanforderungen für SMA an die Anforderungen für hochradioaktiven Atommüll,
3. die Weiterentwicklung des Forschungs- und Entwicklungsbedarfs auch unter Berücksichtigung verlängerter Zeiträume,
4. die Voraussetzung für ein separates Suchverfahren für ein Lager für SMA umgehend zu beschreiben, so dass es ggf. beim Abschluss von Phase 1 sofort starten kann,
5. die Klärung der Standortvoraussetzungen für den Asse- Müll
6. einen umgehenden Start eines transparenten und vorausschauenden Beteiligungsprozesses mit einer Debatte über die Forderung nach Rückholbarkeit des SMAs.

*Verordnung über Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Ja-Stimmen: 21 |  Nein-Stimmen: 50 | Enthaltungen: 6

Zwischenlagerung - Eine Stimme den Regionen!

Referent:innen (Institution):

Hunger, Johannes (Vertreter junge Generation im PFE (U-35))

Adressat:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH, Forum Endlagersuche (FE)

ANTRAG

Das Zweite Forum Endlagersuche betont vor dem Hintergrund der neuen zeitlichen Perspektiven in der Endlagersuche, dass die Regionen, die von der Zwischenlagerung radioaktiver Abfallstoffe betroffen sind, eine Stimme benötigen, eine Vertretung und Vernetzung benötigen.

Weiter beschließt das Forum ein Kolloquium zu veranstalten. Darin sollen Expert:innen von BGZ und BASE Vertreter:innen von PFE und den Zwischenlagerregionen Fragen aus zu den folgenden acht Gebieten beantworten. Die Fragen werden von Vertreter:innen von PFE und den Zwischenlagerregionen ausgearbeitet und im Vorfeld BGZ und BASE zur Verfügung gestellt.

1. Die Zwischenlagerung als Projekt mit generationenübergreifender Verantwortung
2. Die Minimierung aller Transporte radioaktiver Abfälle
3. Erweiterung und Transparenz der Forschung zur Zwischenlagerung
4. Die Erstellung eines Reparaturkonzeptes
5. Kompensation für die Zwischenlagerregionen
6. Austausch und Vernetzung unter den Zwischenlagerstandorten
7. Ein Beteiligungskonzept für die Zwischenlagerung
8. Genehmigungsverlängerungen der Zwischenlager

Darüber hinaus fordert das zweite Forum Endlagersuche, dass insbesondere die BGZ, aber auch das BASE zeitnah schriftlich Antworten auf folgende Fragen gibt:

1. Wie erhalten die Zwischenlager-Standortregionen eine Repräsentanz im Endlagersuchverfahren?
2. Was passiert, wenn ein bisheriger Zwischenlager-Standort keine Genehmigung bekommt für einen weiteren Zeitraum?
3. Wie wird die Transportfähigkeit der Behälter sichergestellt zu dem Zeitpunkt, wenn ein Endlagerstandort gefunden ist?
 - 4.1 Wie reagiert die BGZ und das BASE auf die angespannte Sicherheitslage in Europa und moderne Waffentechnologien in Bezug auf den Schutz der Zwischenlager?
 - 4.2 Gibt es eigene Schutzkonzepte über den Verweis auf die Landesverteidigung hinaus?
5. Benötigen wir oder könnten wir in Zukunft eine heiße Zelle benötigen für u.a. Forschung an den Behältern?
6. Gibt es Flugverbotszonen über allen Zwischenlagern oder die Absicht solche über allen Zwischenlagern einzurichten?
 - 7.1 Wie wurden die Sicherheitsanforderungen der Zwischenlager in der Vergangenheit angepasst?
 - 7.2 Wie häufig werden die Sicherheitsanforderungen an die Zwischenlager überarbeitet?

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Antrag für eine Zeitplanung des BASE, ergänzend zum Zeitplan der BGE

Referent:innen (Institution):

Bayreuther, Eva / Lübbert, Daniel / Gaebel, Bettina (Mitglieder im PFE)

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)

ANTRAG

Das BASE wird aufgefordert, einen Zeitplan insbesondere für den Rest der Phase 1 vorzulegen, der ergänzend zum Zeitplan der BGE zu lesen ist. Ziel soll sein, einen gemeinsamen Zeitbedarf und eine Übersicht über die tatsächlich benötigte Zeit für die Beendigung der Phase 1 zu erhalten. Insbesondere soll diese Zeitabschätzung enthalten, welche Aufgaben des BASE zeitlich parallel zu Arbeiten der BGE durchführen kann.

BEGRÜNDUNG

Aktuell ist der verlängerte Zeitbedarf des Verfahrens in aller Munde. Es liegt ein detaillierter Bericht der BGE mbH zur Abschätzung des eigenen Zeitbedarfs vor. Das BASE äußerte eine Abschätzung, 6 Jahre für die Einrichtung der Regionalkonferenzen, die aufsichtliche Tätigkeit und andere im StandAG definierte Aufgaben zu benötigen.

Für eine fruchtbare Diskussion zu tatsächlichen Zeitbedarfen der Phase 1 ist es nötig transparent zu machen, welche Aufgaben das BASE ggf. bereits parallel zu den Arbeiten der BGE durchführen kann, wann diese frühestens möglich starten können und wie viel Zeit diese benötigen.

Dieser Antrag ist als Ergänzung zum Antrag Nr. 6 des ersten Forums Endlagersuche 2022 zu sehen, der einen gemeinsamen Zeitplan aller Akteure gefordert hat.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 **Ja-Stimmen: 72** | Nein-Stimmen: 4 | Enthaltungen: 5

Transparenz im lernenden Verfahren

Referent:innen (Institution):

Fox, Andreas (Vertreter gesellschaftliche Organisation im PFE)

Adressat:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)

ANTRAG

Die jetzt in verschiedenen Kreisen organisierte Diskussion der von BGE und BASE prognostizierten Zeitszenarien soll im Jahr 2024 gemeinsam mit den neuen Leitungen von BASE, BGE und NBG zusammengeführt werden, um transparent und konsensual notwendige Schritte umzusetzen.

BEGRÜNDUNG

Im Jahr 2023 wurden die Auswirkungen der neuen Zeitszenarien in zahlreichen Konstellationen erörtert. Das BMUV hat den Arbeitskreis „Evaluation und Zeitplan Standortauswahlverfahren“ ins Leben gerufen, das BASE hat die institutionellen Akteure zur Reflexion eingeladen, das NBG hat eine Veranstaltungsreihe durchgeführt, das Forum Endlagersuche mit dem PFE hat diese Fragen intensiv beraten, die DAEF hat Workshops zum lernenden Verfahren organisiert. Des Weiteren finden Gespräche auch außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung statt.

Im lernenden Verfahren des StandAG werden Ergebnisse aus diesen Gesprächen aller Voraussicht nach in Vorschläge zu gesetzlichen und untergesetzlichen Weiterentwicklungen des Standortauswahlverfahrens münden. Für die Fairness und Akzeptabilität des Verfahrens ist es unabdingbar, dass alle Änderungsvorhaben mit der interessierten Öffentlichkeit verschränkt werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 **Ja-Stimmen: 56** | Nein-Stimmen: 7 | Enthaltungen: 15

Input des Forums Endlagersuche zur Gesetzgebung erarbeiten

Referent:innen (Institution):

Röhlig, Klaus-Jürgen (Wissenschaftler an der Technischen Universität Clausthal, TUC)

Adressat:

Forum Endlagersuche (FE)

ANTRAG

In den Arbeitsgruppen am 17.11. wurden verschiedene Aspekte des Zeitplans und von Optimierungsmöglichkeiten im Standortauswahlverfahren diskutiert, diese Diskussion hat jedoch kaum zu fassbaren Ergebnissen geführt. Das Meinungsbild war heterogen und zum Teil widersprüchlich.

Wenn die Mitglieder des Forums Einfluss auf den Verfahrensfortschritt und insbesondere künftige Gesetzgebungen - wann auch immer - nehmen möchte, müssten die Diskussionsstränge systematisiert und in Antragsform gebracht werden, so dass beim nächsten Forum darüber abgestimmt werden kann.

Dazu ist eine systematische Befassung, z. B. in einer speziellen Arbeitsgruppe, erforderlich. Es wird die Bildung einer solchen Arbeitsgruppe beantragt. Diese hat den Auftrag, Themen der Zeitplanung und Optimierung zu systematisieren und zusammenzufassen sowie Vorschläge dazu in Antragsform zu bringen sowie diese Anträge beim nächsten Forum vorzulegen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 **Ja-Stimmen: 54** | Nein-Stimmen: 16 | Enthaltungen: 13

AG 1: Geologe und Technik: Evaluierung der Vorschläge der vortragenden Wissenschaftler zur Eingrenzung der Gebiete

Referent:innen (Institution):

Kögler, Simon (Vertreter kommunaler Gebietskörperschaften)

Adressat:

Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH

ANTRAG

In der „AG 1 Geologie und Technik“ wurden von den vortragenden Wissenschaftlern Herrn Prof. Dr. Röhlig und Herrn Prof. Dr. Thomaske zahlreiche Vorschläge und Möglichkeiten zur sinnvollen Eingrenzung der Teilgebiete zu Standortregionen aufgezeigt.

Die BGE wird gebeten die wissenschaftlichen Vorträge und Wortprotokolle der AG 1 Geologie und Technik, aber auch die untersetzenden wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu evaluieren und die vorgestellten Vorschläge und Maßnahmen zur sinnvollen Eingrenzung der Gebiete zu evaluieren und auszuschöpfen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 Ja-Stimmen: 49 | Nein-Stimmen: 16 | Enthaltungen: 14

Antrag zur Prozessoptimierung und Beschleunigung

Referent:innen (Institution):

von Oppen, Asta (Vertreterin kommunaler Gebietskörperschaften im PFE)

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Nationales Begleitgremium (NBG)

ANTRAG

Die Veranstaltungen des PFE und das FE sind bis zu den Regionalkonferenzen die zentralen Formate, um fachliche Einzelfragen und übergreifende Verfahrensthemen mit der interessierten Öffentlichkeit zu diskutieren und darüber die Mitwirkung der Öffentlichkeit zu ermöglichen. Um diese Aufgabe schneller und effizienter zu erfüllen, müssen Arbeitsabläufe neu strukturiert werden. Entscheidungen müssen innerhalb des PFE gefällt werden können. Dazu müssen die Mitglieder der Akteure entscheidungsbefugt sein und gegebenenfalls entsprechend autorisierte Personen heranziehen können, die an den Sitzungen teilnehmen.

Ebenso müssen die Ergebnisse der eingerichteten Arbeitskreise (BASE, BGE, BMUV, NBG) in die Diskurse des PFE und darüber in die Öffentlichkeit finden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 **Ja-Stimmen: 49** | Nein-Stimmen: 16 | Enthaltungen: 14

BASE Abt. Aufsicht (A) und Forschung (F) in die Öffentlichkeitsbeteiligung integrieren

Referent:innen (Institution):

Helten, Oliver (Vertreter junge Generation im PFE, (U-35) bis 01.12.2023)

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)

ANTRAG

Das BASE wird aufgefordert, mit seinen Abteilungen Aufsicht und Forschung (A&F) regelmäßig an den Sitzungen/Klausuren des Planungsteams Forum Endlagersuche (PFE) und am Forum Endlagersuche (FE) teilzunehmen. Die Öffentlichkeit braucht außerdem einen einfach erreichbaren Zugang zu fachlichen Ansprechpersonen im BASE. Die Abteilungen A&F sollen transparent darlegen, welche Fragen/Erkenntnisse sie aus der Öffentlichkeitsbeteiligung aufnehmen und weiterverfolgen.

BEGRÜNDUNG

So kann die kritische fachliche Begleitung der BGE im PFE effizienter gestaltet und in die Öffentlichkeit gespiegelt werden. Das ist eine wichtige Basis für das Vertrauen ins Standortauswahlverfahren.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 **Ja-Stimmen: 61** | Nein-Stimmen: 9 | Enthaltungen: 6

Begleitende Aufsicht praktizieren

Referent:innen (Institution):

Lübbert, Daniel (Vertreter der Wissenschaft im PFE), Hunger, Johannes
(Vertreter junge Generation im PFE, (U-35))

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), evtl. Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)

ANTRAG

Das Forum Endlagersuche fordert das BASE auf, eine begleitende Aufsicht zu praktizieren. Sie soll ihre –vorläufigen – fachlichen Einschätzungen frühzeitig in die öffentliche Diskussion einbringen, Anregungen aus der Öffentlichkeit nachvollziehbar berücksichtigen und gleichzeitig ihre Unabhängigkeit bewahren.

BEGRÜNDUNG

Das Standortauswahlverfahren braucht eine wirksame, fachlich kompetente Qualitätssicherung. Diese darf nicht allein bei der BGE und ihren internen Prozessen liegen. Vielmehr muss die behördliche Aufsicht, sowie die wissenschaftliche Community und die interessierte Öffentlichkeit, intensiv dazu beitragen. Aktuell sind die Tätigkeiten der behördlichen Aufsicht für die Öffentlichkeit jedoch schwer wahrnehmbar und kaum nachvollziehbar.

Eine begleitende Aufsicht muss die Arbeit der BGE kritisch verfolgen, sich zeitnah eine fundierte Meinung dazu bilden und diese frühzeitig in den Dialog einbringen. Der BGE als Antragstellerin sollte sie vorausschauende Beratung bieten, ohne sich selbst als Genehmigungsbehörde vorzeitig zu binden. Und auch die Öffentlichkeit muss sie regelmäßig einbinden, und ihr Fachexpertise zur Verfügung stellen.

Eine begleitende Aufsicht ist insofern sowohl beratende als auch beteiligende Aufsicht.

In der Endlagersuche wäre eine verzögerte, rückwirkende Aufsicht ein großes Risiko. Eine Aufsichtsbehörde darf nicht erst mit jahrelanger Verzögerung Kurskorrekturen einfordern. Wir fordern daher vom BASE, die Voraussetzungen für eine begleitende Aufsicht zu schaffen, die ihre fachlichen Einschätzungen regelmäßig in die öffentliche Diskussion einbringt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 Ja-Stimmen: 64 | Nein-Stimmen: 9 | Enthaltungen: 6

Fortsetzung unabhängiger transdisziplinärer Forschung

Referent:innen (Institution):

Gaebel, Bettina (Vertreterin Bürger im PFE)

Adressat:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)

ANTRAG

Ich beantrage die Fortsetzung und dauerhafte Begleitung des Verfahrens durch unabhängige, transdisziplinäre und praxisorientierte Grundlagenforschung wie sie im Projekt Transens begonnen wurde.

BEGRÜNDUNG

Die unabhängige Forschung leistet einen wichtigen Beitrag zum Vertrauensaufbau in wissenschaftliche Methodik und Ergebnisse und bietet eine wertvolle Informationsquelle für alle fachlichen und fachfremden Interessierten.

Durch die Verzahnung unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen wird über Ressortgrenzen hinweg ein vertrauensvoller Raum geschaffen und der kritische Austausch zwischen Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften, Medienwissenschaften und Wirtschaft in Reflexion mit unabhängigen BürgerInnen zu wesentlichen Fragen der Endlagersuche gefördert. Dieser Zusammenschluss von Disziplinen im Dienste der Endlagersuche dient als Think Tank und bringt den Austausch zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik auf hohem Niveau voran. Der Anspruch dieser wissenschaftlichen Einrichtung muss Unabhängigkeit und Praxisorientierung in Kombination mit klarer, verständlicher, problemorientierter und wissenschaftlicher Analyse sein.

Die transdisziplinäre Forschung soll eigene, auftragsunabhängige wissenschaftliche Forschung zum Suchverfahren mit Beratungsangeboten verbinden und von den Akteuren genutzt werden können bzw. als Reflexionsangebot allen offen stehen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 **Ja-Stimmen: 48** | Nein-Stimmen: 10 | Enthaltungen: 15

Verbesserung der Mitgestaltung der Öffentlichkeit beim 3. Forum Endlagersuche

Referent:innen (Institution):

Waldbauer, Martin (Bürger)

Adressat:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)

ANTRAG

Das BASE stellt sicher, dass beim 3. Forum Endlagersuche in 2024 eine ähnliche Anzahl von sichtbaren Mitmachmöglichkeiten und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Teilnehmer:innen aus der Öffentlichkeit existiert, wie sie das BASE in anderen Veranstaltungen zum Thema Standortauswahlverfahren Wissenschaftlern u. ä. einräumt.

BEGRÜNDUNG

Beim Interdisciplinary Research Symposium on the Safety of Nuclear Disposal Practices safeND 2023 stellte das BASE über 170 Mitgestaltungsmöglichkeiten zur Verfügung. Für das 2. Forum Endlagersuche am 17./18.11.2023 wurde laut Angabe der BGE „83 Vorschläge bis hin zu konkreten Teilveranstaltungen erhalten“.

Davon ist im Programm für die 2 Forumstage am 17./18.11. 2023 bei den Vorträgen und Workshops nur sehr wenig zu erkennen. Institutionelle Akteure (BASE, BGE, BMUV, BGZ, NBG, TRANSENS, GRS, ...) dominieren.

Die Mitgestaltungsangebote durch Bürger*innen können von BASE, BGE und BMUV, als unnötig, unbequem, unpassend, und fremd empfunden werden. Sie bilden aber die Wirklichkeit der Öffentlichkeit in Deutschland ab, die sich für das Verfahren interessiert. Das jetzige Vorgehen im Umgang mit Angeboten schreckt ab.

BASE, BGE, BMUV, BGZ, NBG, TRANSENS, GRS, ... haben umfangreiche Möglichkeiten, ihre Inhalte auch ohne das Forum Endlagersuche zu verbreiten. Die Bürger*innen von Deutschland haben diese Möglichkeiten nicht.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Ja-Stimmen: 23 |  Nein-Stimmen: 27 | Enthaltungen: 25

Forum für die fachöffentliche Diskussion

Referent:innen (Institution):

Kühn, Michael (Vertreter Wissenschaft)

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Planungsteam Forum Endlagersuche (PFE), Forum Endlagersuche (FE)

ANTRAG

Im StandAG wird explizit hervorgehoben, dass es sich um ein lernendes Verfahren handelt. So soll dem Fortschritt z. B. im wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn, in der methodischen Vorgehensweise, oder durch neue Daten Rechnung getragen werden. Aber wie kann das aus geowissenschaftlicher Perspektive erfolgen?

Ich bin der Auffassung, dass es im Rahmen des Verfahrens auch eine Plattform für die fachöffentliche Diskussion geben sollte, um das Erlernete zu reflektieren, das methodische Vorgehen der BGE auf den Prüfstand zu stellen und kontinuierlich den Blickwinkel auf die Problemstellung zu hinterfragen.

Ich schlage daher vor, dass es für die Zukunft fachliche Workshops oder auch Foren für die geowissenschaftliche Diskussion mit der BGE geben sollte. Diese fachlichen Workshops sollten eng an das Forum Endlagersuche angelehnt sein, beispielsweise als Online-Veranstaltungen im Rahmen der Forumstage. Über das Format sollte aber das PFE entscheiden. So kann ein Wissenstransfer von der BGE über die Fachöffentlichkeit zur allgemeinen Öffentlichkeit generiert werden.

Dafür sollen explizit unabhängige Wissenschaftler:innen angesprochen und eingeladen werden, die sich mit der Endlagerstandortsuche aus geowissenschaftlicher Sicht beschäftigen.

Es geht darum, regelmäßig Erfahrungen, Blickwinkel und das Erlernete auszutauschen sowie die methodische Vorgehensweisen zu diskutieren und so Denkanstöße für die BGE und das BASE zu geben, wie das Verfahren lernend weiterentwickelt werden kann.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 **Ja-Stimmen: 58** | Nein-Stimmen: 10 | Enthaltungen: 7

Langfristige Vorbereitung der Beteiligung in den Regionalkonferenzen

Referent:innen (Institution):

Hasford, Ralf (Bürger)

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Fachgebiet B2

ANTRAG

Die Teilnehmenden des Forum Endlagersuche mögen beschließen:

Das BASE wird aufgefordert, die Beteiligung der Regionalkonferenzen optimal vorzubereiten. Ziel ist die optimale Unterstützung der partizipativen Beteiligung, wie es das StandAG vorschreibt.

Wie aus den Ergebnissen des „NBG-Gutachten zur Öffentlichkeitsbeteiligung vor dem Hintergrund der neuen Zeitszenarien“ (Nexus-Institut) hervorgeht, ist die umfassende Vorbereitung der Regionalkonferenzen noch einmal deutlich wichtiger geworden.

- Bei der Vorbereitung sind alle notwendigen Arbeitsmittel, Methoden, Formate und Timeline in einer Art „Beteiligungskoffer“ zusammenzustellen, bzw. zu entwickeln. Diese sollen alle Gruppen der Bevölkerung / Verwaltung / Wirtschaft sozial-verträglich erreichen und einbinden helfen.
- Der „Beteiligungskoffer“ soll die notwendigen Mittel bereitstellen, die vom ersten Tag an eine geordnete Arbeit ermöglicht und die Arbeit unterstützen, bis zur Auswahl als Standort, bzw. der Nachbereitung beim Ausscheiden eines Region.
- Weiterhin richtet das BASE eine „Planungsgruppe Regional-Beteiligung“ ein, die eine Zusammenarbeit und Unterstützung mit zivilen Beteiligungsexperten organisiert, gewährleistet und den Erfolg absichern hilft.
- Zur Validierung des „Beteiligungskoffer“ wird das BASE Musterregionen benennen und vollumfänglich nutzen.
- Das BASE berichtet über Aufgaben, Inhalte, Fortschritte und Abschluss regelmäßig an das PFE, das Forum Endlagersuche.
- Die entstehende Wissensbasis wird für andere Beteiligungsformate verfügbar gemacht.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 **Ja-Stimmen: 30** | Nein-Stimmen: 24 | Enthaltungen: 17

Bessere Auffindbarkeit von Beteiligungsformaten/-ergebnissen auf der Infoplattform

Referent:innen (Institution):

Gaebel, Bettina (Vertreterin Bürger im PFE)

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)

ANTRAG

Ich beantrage die Integration der Dokumente, Protokolle und Ergebnisse des Planungsteams Forum Endlagersuche (PFE) und des Forums Endlagersuche (FE) in den von BASE neu angelegten zentralen Ablageort für wichtige Dokumente: dokumente-endlagersuche.base.bund.de sowie die Einordnung des PFE und FE an zentraler Stelle unter Beteiligung.

BEGRÜNDUNG

Das BASE hat die gesetzliche Verpflichtung die Öffentlichkeit zu informieren, zu beteiligen und für Nachvollziehbarkeit zu sorgen. Dazu gehört auch die Auffindbarkeit von Dokumenten und Beteiligungsmöglichkeiten.

Das Forum Endlagersuche und die im Vorfeld dazu stattfindenden öffentlichen Veranstaltungen des Planungsteams Forum Endlagersuche sind zentrale Diskussions- und Beteiligungsräume über die Standortauswahl für das Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland. Die Diskussionsperspektiven und Ergebnisse müssen an einem Ort mit den amtlichen Dokumenten des BASE abgelegt werden, um die Auffindbarkeit und Transparenz zu erhöhen und der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, sich über aktuelle Informationsstände umfassend zu informieren und Beteiligung zu ermöglichen.

Das Forum Endlagersuche und die öffentlichen Veranstaltungen des Planungsteams erhalten damit sichtbar auch den Stellenwert, den sie haben: sie sind bis zur Einrichtung der Regionalkonferenzen die zentralen Beteiligungsformate, die maßgeblich von der Zivilgesellschaft für die Zivilgesellschaft gestaltet werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 Ja-Stimmen: 62 | Nein-Stimmen: 5 | Enthaltungen: 4

Intelligenter natursprachlicher Zugang zu Informationsportalen

Referent:innen (Institution):

Uthe, Anne-Dore (Vertreterin Wissenschaft im PFE bis 2.FE)

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH, Nationales Begleitgremium (NBG) in Kooperation

ANTRAG

Ich möchte hiermit einen Antrag zur Entwicklung einer intelligenten natursprachlichen Benutzeroberfläche für die Informationsplattformen /-portalen zum Standortsuchverfahren in Verantwortung des BASE, BGE und NBG stellen. Mit Hilfe der fortschrittlichen KI-Technologie / KI-Assistenz kann eine innovative zukunftsweisende Lösung geschaffen werden, um die Benutzererfahrung auf diesen Informationsportalen zu verbessern.

BEGRÜNDUNG

Die Integration einer intelligenten Benutzeroberfläche auf Basis der natürlichen Sprachverarbeitung (NLP) in die Informationsportale würde den Benutzern ermöglichen, ihre Fragen und Anliegen in natürlicher Sprache zu formulieren, anstatt sich mit komplexen Menüstrukturen oder Suchbegriffen auseinandersetzen zu müssen. Die Vorteile wären vielfältig. Eine natursprachliche Benutzeroberfläche würde die Benutzerfreundlichkeit erheblich verbessern, da Benutzer ihre Fragen direkt stellen könnten, ohne nach bestimmten Schlagwörtern suchen zu müssen. Dies würde zu einer effizienteren Informationsbeschaffung führen und die Zufriedenheit der Benutzer steigern. Sie würde „maßgeschneiderte“ Inhalte liefern und die Informationsportale könnten ihren Benutzern einen individuellen, auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Zugang zu nachvollziehbaren Informationen zum Standortsuchverfahren bieten. Die Entwicklung einer intelligenten Benutzeroberfläche für die Informationsportale würde einen bedeutenden Mehrwert für Betreiber als auch Benutzer gleichermaßen bieten.

Ich bitte Sie daher, meinen Antrag zu prüfen und die erforderlichen Ressourcen für die Umsetzung einer hochwertigen natursprachlichen Benutzeroberfläche bereitzustellen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 Ja-Stimmen: 45 | Nein-Stimmen: 12 | Enthaltungen: 13

Mehr Transparenz bei der Darstellung von Informationen zu Endlagervorhaben

Referent:innen (Institution):

Waldbauer, Martin (Bürger)

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)

ANTRAG

Das BASE ermöglicht, dass die BGE gemeinsam mit allen interessierten Parteien erarbeitet, wie die vorhandenen Daten und Informationen dargestellt werden müssen, damit sie für interessierte Personen lesbar und verständlich werden.

Als Beispiel sollen Unterlagen zum Endlager im Bergwerk Konrad verwendet werden. Die Aufbereitung ist Aufgabe der BGE. Die Darstellung, und der Umgang mit Feedback finden im forum-bge.de statt. Die Umsetzung des Vorschlags soll im Januar 2024 beginnen.

BEGRÜNDUNG

Weder der Planfeststellungsbeschluss für die Errichtung und den Betrieb des Bergwerkes Konrad in Salzgitter vom 22. Mai 2002, noch die über 100 Dokumente in bge.de: Unterlagen zur Genehmigung des Endlagers Konrad – Geologie/Hydrogeologie, liefern hinreichende Informationen dazu, zu welchem Ergebnis eine Beurteilung der Sicherheit nach dem jetzigen Stand von Wissenschaft und Technik kommen würde.

Obwohl die Anwendung des StandAG §24 auf die Endlagerung hochradioaktiver Stoffe ausgerichtet sind, bietet es die Möglichkeit, die vorhandenen Daten und Informationen, die im Wesentlichen aus den 1980er Jahren stammen, so aufzubereiten, dass eine 3D Darstellung des Wirtsgesteinskörpers geschaffen wird, an der abgelesen werden kann, ob sich wirklich alle Bereiche des Bergwerks für eine Einlagerung von radioaktiven Abfällen eignen, oder bestimmte Bereiche ausgeschlossen werden müssen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Ja-Stimmen: 14 |  Nein-Stimmen: 40 | Enthaltungen: 17

Vorschlag zur Erarbeitung von Arten der Darstellung von Ergebnissen in Phase II

Referent:innen (Institution):

Waldbauer, Martin (Bürger)

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)

ANTRAG

Das BASE ermöglicht, dass die BGE gemeinsam mit allen interessierten Parteien (Bürger*innen, Wissenschaftler*innen, usw.) proaktiv erarbeitet, welche Form der Darstellung von Ergebnissen in Phase II verwendet werden soll.

Die jetzige Vorgehensweise für das neue Endlager im Salzstock Asse soll dafür die inhaltliche Grundlage bilden, da für diesen Standort und sein Region bereits Daten existieren, und die Planung für einen neuer Endlagerstandort fortgeschritten ist. Die BGE sollte deshalb Anfragen im forum-bge.de innerhalb weniger Wochen beantworten können. Für den Fall einer Verweigerung von Antworten soll das BASE als Aufsichtsbehörde als Eskalationsinstanz agieren.

Die Umsetzung des Vorschlags soll im Januar 2024 beginnen. Die Erarbeitung allgemeinverständlicher Darstellungsformen ist eine kollaborative Tätigkeit im Forum.

BEGRÜNDUNG

Es soll erreicht werden, dass die im Verfahren zur Verfügung gestellten Dokumente nicht nur rechtssicher formuliert sind, sondern auch, dass sie verstanden werden können. Die öffentliche Beteiligung am Fortschritt der Tätigkeiten am Standort Asse wird verbessert.

Die BGE und BASE können lernen, welche Erwartungen an die Dokumentation der Ergebnisse besteht.

Sie kann lernen, welche Formate und Art der Darstellung es Bürger*innen erlauben, Arbeiten und Ergebnisse nachzuvollziehen, und Vertrauen in die Vorgehensweise zu fassen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Ja-Stimmen: 12 |  Nein-Stimmen: 36 | Enthaltungen: 17

Kommunikationsplattform für die Beteiligung im StandAV

Referent:innen (Institution):

Waldbauer, Martin (Bürger)

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)

ANTRAG

Das BASE stellt baldmöglichst eine Kommunikationsplattform bereit, um die Beteiligung nach §5 (3) StandAG fortzuentwickeln, und eine kontinuierliche Beteiligung zu ermöglichen, indem Diskussionen aus dem Forum Endlagersuche mit denen fortgeführt werden können, die nicht dabei sein konnten. Diese Kommunikationsplattform soll für registrierte Nutzer*innen 24/7 verfügbar sein. Beiträge sollen Text, Links, und Bilder enthalten können (Fragen, Antworten, Nachrichten, Anregungen, Meinungen). Anfragen über diese Kommunikationsplattform an BASE, BGE, BMUV und NBG sollen durch diese auf der Plattform beantwortet werden. Inhalte sollen nach Themenbereichen gegliedert sein. Jede(r) Nutzer(r)in kann begründet einen neuen Themenbereich einrichten lassen. BASE und BGE erarbeiten all-gemeinverständliche Darstellungen, damit diese für interessierte Personen lesbar und nachvollziehbar werden. Fachlichen Dokumentationen vom BGE, BASE, und NBG können von Dritten für Beiträge innerhalb des Verfahrens unter Angabe der Quellen genutzt werden.

BEGRÜNDUNG

Wer Mitbürger:innen für Veränderungen empfänglich machen möchte, muss ihnen das Gefühl geben, dass sie die Veränderungen nicht nur erdulden oder erleiden müssen, sondern ihnen die Möglichkeit zur Mitgestaltung geben. Dazu reicht die sporadische Teilnahme-möglichkeit an einzelnen kurzfristig anberaumten Veranstaltungen von wenigen Stunden Dauer nicht aus.

Die „wechange“ Plattform war nicht geeignet, den §3 (10) der Geschäftsordnung des Forum Endlagersuche umzusetzen (unklarer Fremdanbieter, unklare Struktur, keine Datenpflege, unübersichtlich (lediglich ein einziger Chat für alles), keine Mitgestaltungsangebote, keine Transparenz).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Ja-Stimmen: 18 |  Nein-Stimmen: 29 | Enthaltungen: 15

Austauschformate verschiedener Interessengruppen (im StandAV)

Referent:innen (Institution):

Helten, Oliver (Vertreter junge Generation im PFE (U-35) bis 01.12.2023)

Adressat:

Planungsteam Forum Endlagersuche (PFE)

ANTRAG

Ich beantrage eine Veranstaltungsreihe bestehend aus mehreren Dialog- und Beteiligungsformaten zwischen den Akteuren des StandAV und der am StandAV interessierten Öffentlichkeit mit anderen Interessengruppen und verschiedenen Institutionen (z. B. Behörden auf Landes- bis Kreisebene, Interessenverbänden, Forschungseinrichtungen, Verkehrsunternehmen, Energieversorgern, Bauunternehmen, etc.). Planung und Umsetzung soll durch das PFE erfolgen.

BEGRÜNDUNG

Beteiligungsformate im StandAV fanden bisher vor allem zwischen den Akteuren im StandAV und der interessierten Öffentlichkeit im StandAV statt. Dabei wurde bisher nicht weit genug über den Tellerrand geschaut. Es bedarf eines Erfahrungsaustauschs und eines verfahrenübergreifenden Lernens zwischen dem StandAV und anderen großen deutschen Infrastrukturprojekten und z. B. Erfahrungen aus betrieblichen Umstrukturierungen zur Effizienzsteigerung, um Behörden zu entlasten und freigewordene Kapazitäten gut weiterzuverwenden.

In solchen Formaten könnten Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem StandAV und anderen (Groß-)Vorhaben in Deutschland herausgearbeitet werden.

In welcher Form/mit welchem Erfolg findet Beteiligung in anderen Projekten statt? Wie erfolgt die Information Betroffener? Wer redet wie oft und über was mit wem? Worin bestehen Ungewissheiten in anderen Projekten? Wie und wo findet eine Dokumentation statt? Wie wird der Anspruch auf Transparenz erfüllt? Welche rechtlichen, bürokratischen Hürden gibt es? etc.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 Ja-Stimmen: 31 | Nein-Stimmen: 22 | Enthaltungen: 15

Angemessene Berücksichtigung von Human Intrusion bei der Standortauswahl

Referent:innen (Institution):

Niemeyer, Matthias (Vertreter Wissenschaft)

Adressat:

Planungsteam Forum Endlagersuche (PFE) mit Unterstützung des Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)

ANTRAG

Kritische Bewertung des StandAG und der Vorgaben der EndISiAnfV hinsichtlich der Berücksichtigung zukünftiger menschlicher Aktivitäten (ZMA, „Human Intrusion“) durch einen öffentlichen Workshop mit entsprechenden Fachleuten und ggf. Revision gemäß § 1 (2) StandAG

BEGRÜNDUNG

ZMA, die nach dem Verlust der Kenntnis von der Existenz des Endlagers ausgeführt werden, z. B. die Gewinnung von Rohstoffen, können die wesentlichen Barrieren eines Endlagers in stärkerem Ausmaß schädigen als geologische oder klimatische Prozesse. Die Schädigung der geologischen Barrieren durch Einflüsse aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit sind ein Ausschlusskriterium nach § 22 (2) 3 StandAG. Im Hinblick auf ZMA sieht das internationale Regelwerk vor, wirtsgesteinsspezifische Unterschiede bereits bei der Standortwahl zu berücksichtigen, z.B. die Specific Safety Requirements der IAEA: SSR-5 (2011): „The disposal facility has to be located away from known areas of significant underground mineral resources or other valuable resources.“ Das StandAG geht auf ZMA nicht ein.

Die Solung einer Gasspeicherkaverne in 1000 m Tiefe im Salzstock Rüdersdorf ist ein Beispiel für derzeit übliche menschliche Aktivitäten nach § 3 (7) EndISiAnfV. ZMA gehen gemäß EndISiAnfV weder in die Bewertung des sicheren Einschlusses § 4 noch in Dosisberechnungen § 7, sondern nur in eine nachrangige Optimierung §12 ein. Letztere ist bei einer Kavernensolung nach Wissensstand 2012 nicht möglich (VSG, GRS 280).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 Ja-Stimmen: 31 | Nein-Stimmen: 28 | Enthaltungen: 06

Erarbeitung der Anwendung der Inhalte des StandAG Anlage 3 (zu § 24 Absatz 3)

Referent:innen (Institution):

Waldbauer, Martin (Bürger)

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)

ANTRAG

Das BASE ermöglicht, dass eine öffentliche Auseinandersetzung zum Anwendung des Textes der Wertungsgruppe im StandAG Anlage 3 (zu § 24 Absatz 3) ermöglicht wird. Diese ist unpräzise (gering, erheblich, ...), entspricht nicht der Wirklichkeit in der unterirdischen Erkundung (bekannte räumliche Veränderungen, ...), und nutzt wenig hilfreiche Konzepte (Fazies).

Um die Auseinandersetzungen zur Anwendung des StandAG effektiver und effizienter zu gestalten, muss erarbeitet werden, wie die notwendige quantitative Bestimmung der Unsicherheiten ablaufen wird.

Dies soll ab Q1 2024 zeitlich unbefristet auf forum-bge.de jeweils separat für die einzelnen Wirtsgesteinstypen stattfinden. Dadurch werden Synergien mit der Anwendung des StandAG Anlage 2 (zu § 24 Absatz 3), und Anlage 11 (zu § 24 Absatz 5) geschaffen.

BEGRÜNDUNG

Die vertikale und laterale Ausdehnung einzelner geologischer Körper ist räumlich begrenzt. Etwas, was an zwei Standorten gleich aussieht, muss nicht das gleiche sein. Für Sedimentgesteine werden deshalb beispielsweise seit den 1980er Jahren sequenzstratigraphische Techniken genutzt.

Aus der Lagerstättenindustrie ist bekannt, dass selbst in Gebieten mit sehr guter Datenqualität (hochauflösende 3D Seismik, eine zweistellige Zahl Tiefbohrungen im Abstand von wenigen Kilometern voneinander) unvorhergesehene Änderungen der räumlichen geologischen Ausgestaltung des Standortes festgestellt werden können.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

∅ Antrag wurde in der Veranstaltung vom Antragsteller zurückgezogen.

Geo-Kriterien bei der rvSU zielgerichtet

Referent:innen (Institution):

Schenk, Tobias (Vertreter kommunaler Gebietskörperschaften)

Adressat:

Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH

ANTRAG

„In Prüfschritt 1 werden zielgerichtet Ausschlusskriterien (AK) und Mindestanforderungen (MA) als rvSU-Kriterien angewendet. In Prüfschritt 2 finden sich rvSU-Kriterien, die inhaltlich aus den geoWK abgeleitet wurden [...]. Ist mindestens ein AK erfüllt oder mindestens eine MA nicht erfüllt, führt dies zu einer Einstufung in die Kategorie D.“ (Quelle: BGE-Methodik 2023).

Also sollen bei der rvSU noch einmal dieselben 22 Gro-Kriteien geprüft werden wie in Phase 1 Schritt 1, diesmal aber „zielgerichtet“. Sind das also wirklich dieselben Kriterien wie vor 3 Jahren oder irgendwie doch nicht alle oder kommen irgendwie noch andere hinzu?. Sollten es dieselben sein, hätte man sich das nicht sparen können, wenn vor 3 Jahren die Geo-Kriterien nicht „überhastet“ sondern gründlich geprüft worden wären? Dann wären viele Flächen damals schon aus dem Verfahren ausgeschieden. Zeitverzug haben wir jetzt ja auch...

Es wird beantragt, dass die BGE dazu Stellung nimmt und verständlich erklärt was mit „zielgerichtet“ gemeint ist und ob sich die eigentlich festgelegten 22 Geo-Kriterien aus Phase 1 doch zu denen bei der rvSU verwendeten unterscheiden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 **Ja-Stimmen: 44** | Nein-Stimmen: 9 | Enthaltungen: 14

Vorschlag zur Beseitigung von Unsicherheiten in der Anwendung des StandAG Anlage 11 (zu § 24 Absatz 5) für Salzgesteine in steiler Lagerung

Referent:innen (Institution):

Waldbauer, Martin (Bürger)

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)

ANTRAG

Das BASE ermöglicht eine öffentliche Auseinandersetzung zum Text des StandAG (Anlage 11 (zu § 24 Absatz 5), der nur unzureichend adressiert, dass für die Abdeckung von Salzgesteinen in steiler Lagerung kaum eine Einordnung in die Wertungsgruppe „günstig“ möglich ist. Es soll erarbeitet werden, ob deshalb in dieser Phase des Verfahrens alle Teilgebiete in dieser Art von Wirtsgestein ausgeschlossen werden können.

Die Auseinandersetzung soll ab Januar 2024 zeitlich unbefristet auf forum-bge.de stattfinden.

BEGRÜNDUNG

Die Deformation von Salzgesteinen kann viele Phasen durchlaufen. Eine initiale Phase geprägt durch Überlagerung und bruchhafte Verformung im Untergrund, eine Auslaugungsphase bei Durchbruch durch die Deckschichten, eine erneute Deformation durch überlagernde Gletscher. Diese Deformationsphasen beeinflussen die Ablagerung und räumliche Lage des Deckgebirges über dem Wirtsgesteinskörper und führen dazu, dass in der Regel keine kontinuierlichen Abdeckungen vorhanden sind (Beispiel: eiszeitliche Rinnenbildung).

Die Feinauflösung der bestehenden Messmethoden ist zu gering, als das bruchhafte Verformungen des Deckgebirges über Salzstöcken zuverlässig erkannt und ausgeschlossen werden können (Beispiel: Asse).

Das Verfahren kann durch den begründeten Ausschluss von Teilgebieten beschleunigt werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

∅ Antrag wurde in der Veranstaltung vom Antragsteller zurückgezogen.

Vorschlag zur Erarbeitung der Darstellung von Ergebnissen der Phase I

Referent:innen (Institution):

Waldbauer, Martin (Bürger)

Adressat:

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)

ANTRAG

Das BASE veranlasst, dass die BGE eine abgeschlossenen repräsentative Sicherheitsuntersuchung (rvSU) eines Teilgebietes veröffentlicht, und dazu eine zeitlich nicht beschränkte Online Konsultation ermöglicht.

Wenn bis zum März 2024 keine abgeschlossene rvSU verfügbar gemacht werden kann, soll eine vorläufige rvSU bereitgestellt werden.

Da die Arbeiten zu dem Zeitpunkt der Veröffentlichung (im Wesentlichen) abgeschlossen sind, sollten Fragen zu dieser rvSU innerhalb von 4 Wochen beantwortet werden können. Für den Fall einer Verweigerung von Antworten soll das BASE als Aufsichtsbehörde als Eskalationsinstanz agieren.

BEGRÜNDUNG

Es soll erreicht werden, dass die im Verfahren zur Verfügung gestellten Dokumente nicht nur rechtssicher formuliert sind, sondern auch, dass sie verstanden werden können. Die BGE kann lernen, welche Erwartungen an die Dokumentation der Ergebnisse besteht. Sie kann lernen, welche Formate und Art der Darstellung es Bürger*innen erlauben, Arbeiten und Ergebnisse nachzuvollziehen, und Vertrauen in die Vorgehensweise zu fassen.

Die am Verfahren beteiligten Bürger*innen können lernen, Fragen zu stellen, wenn sie wissenschaftlich fachliche Inhalte nicht verstehen.

Wenn sich herausstellt, dass Änderungen am Format die Akzeptanz der Ergebnisse wesentlich verbessern, kann das Ergebnis ohne Probleme direkt für die verbleibenden rvSU umgesetzt werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

∅ Antrag wurde in der Veranstaltung vom Antragsteller zurückgezogen.

Unklarheit der Methoden bei rvSU

Referent:innen (Institution):

Schenk, Tobias (Vertreter kommunaler Gebietskörperschaften)

Adressat:

Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH

ANTRAG

„Kategorie A-Gebiete im Kristallin sind [...] für Typ 1 und Typ 2 gleichermaßen gut geeignet. Im Falle, dass kein Kategorie A-Gebiet im Kristallin ermittelt wird, werden die Kategorie B-Gebiete bezüglich der Eignung für Typ 2 betrachtet.“ (Quelle: BGE-Methodik 2023).

Somit wird in zwei Wirtsgesteinen nur mit A-Gebieten weiter gemacht und in einem Wirtsgestein auch mit B-Gebieten. In den Papieren fehlt bisher dazu aber die Methode (oder ist zumindest nicht offensichtlich dargestellt). Vergleiche Diskussion der AG 1 „Geologie + Technik“ am 17.11.2023.

Es wird beantragt, dass die BGE dazu Stellung nimmt und die Methodik der B-Gebiete im Kristallin wissenschaftlich korrekt nennt und darstellt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 **Ja-Stimmen: 44** | Nein-Stimmen: 11 | Enthaltungen: 11

Wirtsgesteinsabhängige Vergleiche in A-Gebieten

Referent:innen (Institution):

Schenk, Tobias (Vertreter kommunaler Gebietskörperschaften)

Adressat:

Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH

ANTRAG

„Die Bewertungsergebnisse der einzelnen Gebiete der Kategorie A eines Wirtsgesteinstyps werden miteinander verglichen. Möglicherweise wird anschließend ein wirtsgesteinsübergreifender Vergleich durchgeführt.“ (Quelle: BGE-Methodik 2023).

Nach meinem Verständnis heißt das, dass alle verbliebenen A-Gebiete wirtsgesteinsabhängig miteinander verglichen werden, d.h. Salz mit Salz bzw. Ton mit Ton sowie Kristallin mit Kristallin. Es werden aber nicht Tonstein mit Salz, Tonstein mit Kristallin oder Kristallin mit Salz, etc. verglichen. Es stellen sich daraus ableitend die Fragen, wenn man z.B. nur Salz mit Salz, usw., vergleicht, woher weiß man dann, ob das „beste Salz“ auch besser oder schlechter ist als der „beste Tonstein“ bzw. das „beste Kristallin“? Und wer entscheidet wie über das „möglicherweise“?

Es wird beantragt, dass die BGE dazu Stellung nimmt und die beiden Fragen auch für Laien nachvollziehbar beantwortet.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 **Ja-Stimmen: 50** | Nein-Stimmen: 7 | Enthaltungen: 7

Berücksichtigung von unterschiedlichen Gesteinen im Kristallin?

Referent:innen (Institution):

Schenk, Tobias (Vertreter kommunaler Gebietskörperschaften)

Adressat:

Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH

ANTRAG

Wie sind die Unterschiede von v.a. Basalt und Granit bewertet?

Nach geowissenschaftlicher Definition ist Kristallin in der Geologie die Bezeichnung für Magmatite und Metamorphite zur Unterscheidung von Sedimenten. Hier werden anhand der Größe der Kristalle im Gesteinsgefüge in makrokristalline, mikrokristalline und kryptokristalline Gesteine unterschieden.

Die Mineralogie versteht unter dem Begriff Stoffe, die in ihren physikalischen und chemischen Eigenschaften auffallende Unterschiede aufweisen.

Es ist abzuleiten, dass z.B. Basalt und Granit unterschiedliche chemische und physikalische Eigenschaften haben:

- Basalt als basisches, siliciumoxidarmes, magmatisches Gestein mit feinkörnigem bis dichtem Gefüge extrusiver Herkunft. Häufig weist Basalt eine Fließrichtung auf. Teils befinden sich im Basalt kleinere Hohlräume oder Einsprenglinge. Im Allgemeinen ist Basalt sehr kompakt und verwittert nur langsam. Auch das Vorkommen bestimmter Rohstoffe wie gediegenes Kupfer, Saphire und Eisenerze kann bei Basaltvorkommen von Bedeutung sein.
- Granit ist ein magmatisches Gestein intrusiver Herkunft und saurem Chemismus. Die Korngröße ist i.A. mittel- bis grobkörnig (Feldspäte bis ca. 10 cm) und das Gefüge ist sehr kompakt, verwittert relativ langsam, ist im Untergrund in Deutschland jedoch häufig stark geklüftet. Die idio- sowie xenomorphen Kristalle sind unregelmäßig gelagert. Granit.

Es wird beantragt, dass die BGE dazu Stellung nimmt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

∅ Antrag wurde in der Veranstaltung vom Antragsteller zurückgezogen.

Wissenschaftlich anerkannte Daten als Auswahlkriterium zur Erdbebengefährdung

Referent:innen (Institution):

Akhigbe, Andrea (Bürgerin)

Adressat:

Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH

ANTRAG

Hiermit stelle ich den Sachantrag, dass die Daten, für die Entscheidung zur Erdbebengefährdung eines Gebietes, aus aktuellen Daten, nicht älter als 10 Jahre, übernommen werden müssen. Die Entscheidung, welche Gebiete günstige geologische Bedingungen für ein Endlager hochradioaktiver Abfälle erwarten lassen in Bezug auf Erdbebengefährdung müssen nochmal überarbeitet werden. Die Phase 1 Schritt 1 Ermittlung von Teilgebieten ist nicht abgeschlossen, siehe hierzu Zeilen 448 bis 450 im Zwischenbericht. Rücksprünge im laufenden Standortauswahlverfahren sind möglich.

Der Antrag wird an die BGE mbH adressiert, da die BGE mbH entschieden hat, die auszuschließenden Bereiche direkt aus der „Karte der Erdbebenzonen“ zu vektorisieren. Dies wird im Zwischenbericht Teilgebiete gemäß §13 StandAG Stand 28.09.2020 in den Zeilen 1489 bis 1498 so erklärt.

Die Daten aus der „Karte der Erdbebenzonen“ in DIN1998-1/NA:2011-01 für die Zuordnung von Orten zu den Erdbebenorten für die erdbebengerechte Baunorm sind aus dem folgenden Grund nicht zu akzeptieren:

„Die Berechnung der Erdbebengefährdung für die Erbebenzonenkarte stammt von 1995 und wurde 1996 vom entsprechenden DIN-Normungsausschuss angenommen. Obwohl in einer nachfolgenden Erdbebengefährdungsanalyse von 1998 bestätigt, entspricht die Gefährdungsberechnung nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik.“, heißt es auf Helmholtz-Zentrum Potsdam, Deutsches GeoForschungsZentrum GFZ www.gfz-potsdam.de/din4149_erdbebenzonenabfrage vom 22.8.2023

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

👍 Ja-Stimmen: 37 | Nein-Stimmen: 10 | Enthaltungen: 14

Protokoll

Folgeveranstaltung
des 2. Forum
Endlagersuche zur
Diskussion und
Abstimmung der
Anträge

26.01.2024,
16:30 - 19:00 Uhr

Teilnehmende:

In der Spitze 161 Teilnehmende.

Mitglieder des PFE:

Andreas Fox, Anton Köller, Asta Haberbosch, Asta von Oppen, Bettina Gaebel, Dr. Daniel Lübbert, Elisa Akansu, Eva Bayreuther, Farras Fathi, Heiko Schaak, Janine Hauer, Johannes Hunger, Jörg Hacker, Maximilian Simon Hipp
(zivilgesellschaftliche Mitglieder des PFE)

Dagmar Dehmer (BGE mbH), Lisa Seidel (BGE mbH)

Evelyn Bodenmeier (BASE), Dr. Monika Arzberger (BASE)

Weitere:

Arnjo Sittig, Monika C.M. Müller (NBG), Hans Hagedorn (Partizipationsbeauftragter)

Alexander Krüger (BASE), Antonia Heinze (BASE), Claudia Hofedietz (BASE), Ingo Bautz (BASE), Katherin Wagenknecht (BASE), Stefanie Johannsen (BASE), Wibke Korf (BASE)

Manuel Wilmanns (BGE mbH)

Moderation:

Julia Fielitz (Zebralog)

Protokoll:

Johanna Krämer (Zebralog)

Graphic Recording:

Manuel Recker

Hinweis:

Das Protokoll gibt den Verlauf der Diskussion zu den jeweiligen Anträgen in kurzgefassten anonymisierten Kommentaren wieder. Konkrete Antworten der Antragsadressat:innen werden als solche gekennzeichnet. Die Abstimmungsergebnisse und die Antragstexte finden sich in der begleitenden Dokumentation.

TOP 1 Begrüßung

Daniel Lübbert und Eva Bayreuther begrüßen als Mitglieder der Antragskommission die Teilnehmenden und stellen die Moderatorin Julia Fielitz vor. Sie weisen darauf hin, dass die Antragstellenden jeweils eine Minute Zeit zum Vorstellen des Antrags haben und es daran anschließend eine dreiminütige Diskussion geben kann.

TOP 2 Vorstellung und Abstimmung der Anträge

01/034 (VORMALS 015) REDUKTION FINANZIELLER RISIKEN BEI DER ZWISCHEN- UND ENDLAGERUNG

Kommentar: Das BMUV habe inhaltliche Bedenken bezüglich des Antrags. Im Vorfeld wurde bereits mit den Antragsstellenden gesprochen, worauf Änderungen im Antrag folgten. Dafür bedankt sich das BMUV ausdrücklich. Dennoch bleiben seitens des BMUV Bedenken: Der Antrag beziehe sich nicht nur auf das Standortauswahlverfahren, sondern zudem auch auf die Zwischenlagerung. Der KENFO [Anm.: Fonds zur Finanzierung kerntechnischer Entsorgung] trage zudem nicht ausschließlich die Kosten für die Standortauswahl. Diese würden von allen Ablieferungspflichtigen für radioaktive Abfälle getragen. Der Antrag gehe aus Sicht des BMUV daher über den Aufgabenbereich des Forum Endlagersuche hinaus. Zudem bestehen aus Sicht des BMUV derzeit keine Anhaltspunkte dafür, dass die finanziellen Mittel des KENFO nicht ausreichend seien. Die Verschiebungen im Zeitplan führten dazu, dass der KENFO die Gelder über einen längeren Zeitraum anlegen könne und bieten auch Renditechancen. Insgesamt berge eine – aus Sicht des BMUV – derzeit nicht erforderliche Diskussion über die Kosten auch die Gefahr, dass Einsparpotentiale, wie etwa im Bereich der Beteiligung oder des Verfahrens zur Standortauswahl in den Fokus rücken könnten. Dies sei jedoch nicht im Interesse des Verfahrens.

02/018 SCHWACH- UND MITTEL-RADIOAKTIVEN MÜLL JETZT VERSTÄRKT EINBEZIEHEN

Kommentar: Die Argumente seien grundsätzlich nachvollziehbar, aber man sollte alles vermeiden, was den Suchprozess für hochradioaktiven Müll verkompliziere. Der Fokus sollte darauf liegen.

Kommentar: Das StandAG umfasse hochradioaktive Abfälle. Aktuell fehle ein Grundlagengesetz, auf das man sich für eine ganzheitliche Betrachtung der Atommüllentsorgung beziehen könne.

03/032 (VORMALS 025) ZWISCHENLAGERUNG - EINE STIMME DEN REGIONEN!

Kommentar: Dieser Antrag spreche insbesondere die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung mbH (BGZ) an.

04/026 ANTRAG FÜR EINE ZEITPLANUNG DES BASE, ERGÄNZEND ZUM ZEITPLAN DER BGE

Keine Kommentierung.

05/020 TRANSPARENZ IM LERNENDEN VERFAHREN

Keine Kommentierung.

06/030 INPUT DES FORUMS ENDLAGERSUCHE ZUR GESETZGEBUNG ERARBEITEN

Kommentar: Dass das Meinungsbild auf dem Forum so perspektivenreich war, lag nicht nur an der Zeit für eine intensive Auseinandersetzung, sondern auch an der Vielzahl der Fragestellungen und den vielfältigen Antwortoptionen, die einer thematischen Befassung bedürfen.

Kommentar: Das PFE stelle sich dieser Herausforderung.

07/035 (VORMALS 027) AG 1: GEOLOGE UND TECHNIK: EVALUIERUNG DER VORSCHLÄGE DER VORTRAGENDEN WISSENSCHAFTLER ZUR EINGRENZUNG DER GEBIETE

Kommentar: Evaluierung könne erst im Nachgang stattfinden. Es sei jedoch sinnvoll, dass engagierte, wissenschaftliche Stimmen bereits in der Vorbereitung und Durchführung des 3. Forums zusammenfinden.

08/031 ANTRAG ZUR PROZESSOPTIMIERUNG UND BESCHLEUNIGUNG

Keine Kommentierung.

09/014 BASE ABT. AUFSICHT (A) UND FORSCHUNG (F) IN DIE ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG INTEGRIEREN

Keine Kommentierung.

10/028 BEGLEITENDE AUFSICHT PRAKTIZIEREN

Kommentar: Es werde unterstützt, dass die im Antrag angesprochene Form der begleitenden Beratung/Begutachtung bereits in den Prozess des Verfahrens einfließe.

11/016 FORTSETZUNG UNABHÄNGIGER TRANSDISZIPLINÄRER FORSCHUNG

Keine Kommentierung.

12/007 VERBESSERUNG DER MITGESTALTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT BEIM 3. FORUM ENDLAGERSUCHE

Keine Kommentierung.

13/029 FORUM FÜR DIE FACHÖFFENTLICHE DISKUSSION

Kommentar: Mit den vorgelagerten, digitalen Forumstagen sollte ein fachöffentlicher Raum hergestellt werden. Es sei wichtig, dass interessierte Personen Informationen entsprechend des jeweiligen Vorwissensbedarfs erhielten. Die Erwartung an die Wissenschaftler:innen sei, dass sie sich so ausdrückten, dass die komplexen Sachverhalte für die Teilnehmenden, die keine Fachexpert:innen sind, verständlich und begreifbar wären.

Kommentar: Es komme darauf an, eine fachorientierte und wissenschaftsfundierte Diskussion entstehen zu lassen, die für die interessierte Öffentlichkeit verständlich und zugänglich sei.

Kommentar: Der Antrag formuliere die Aufgabe, das Publikum und die fachlichen Inhalte zusammenzuführen und unterschiedliche Erwartungen zu bedienen.

Hierzu könnte es notwendig sein, das Forum um einen Tag zu verlängern.

Kommentar: Wesentlich sei aufzuzeigen, welche Diskussionen innerhalb der Wissenschaft stattfänden und diese für eine breitere Öffentlichkeit transparent zu machen.

14/012 LANGFRISTIGE VORBEREITUNG DER BETEILIGUNG IN DEN REGIONALKONFERENZEN

Keine Kommentierung.

15/017 BESSERE AUFFINDBARKEIT VON BETEILIGUNGSFORMATEN/-ERGEBNISSEN AUF DER INFOPLATTFORM

Kommentar: Die Infoplattform werde als nicht gut strukturiert empfunden, Dokumente seien schwer auffindbar.

16/019 INTELLIGENTER NATURSPRACHLICHER ZUGANG ZU INFORMATIONSPORTALEN

Keine Kommentierung.

17/036 (VORMALS 008) MEHR TRANSPARENZ BEI DER DARSTELLUNG VON INFORMATIONEN ZU ENDLAGERVORHABEN

Kommentar: Das im Antrag formulierte Anliegen sei nachvollziehbar. Allerdings sei es in der aktuellen Phase des Verfahrens schwer, 3D-Modelle zu erarbeiten.

Kommentar: Grundsätzlich sei die Idee gut, die Visualisierung zu verbessern. Visualisierungen seien unabdingbar und sehr hilfreich, um komplexe Sachverhalte für unterschiedliche Zielgruppen aufzubereiten.

Kommentar: Bei der Weiterentwicklung der Visualisierung müssen die Nutzer:innen und die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen, wie Copyright-Voraussetzungen, die es ggf. zur öffentlichen und privaten Nutzung brauche, mitgedacht werden.

18/037 (VORMALS 006) VORSCHLAG ZUR ERARBEITUNG VON ARTEN DER DARSTELLUNG VON ERGEBNISSEN IN PHASE II

Antwort der BGE mbH: Es gebe bereits umfangreiche 3D-Daten zur Phase II. Es hätten öffentliche Veranstaltungen seitens der BGE stattgefunden.

19/033 (VORMALS 002, 003, 004) KOMMUNIKATIONSPLATTFORM FÜR DIE BETEILIGUNG IM STANDAV

Keine Kommentierung.

20/013 AUSTAUSCHFORMATE FÜR INTERESSENSGRUPPEN IM STANDAV

Kommentar: Die Frage sei, wer diesen Austausch organisieren könne. Die Idee sei gut, die Umsetzung jedoch aufwendig und arbeitsintensiv.

Kommentar: Der Antrag formuliere die Anregung, Menschen aus anderen Infrastrukturprojekten einzubeziehen und mit ihnen in einen Austausch zu gehen.

Kommentar: Wichtig sei, dass die Auswahl von Projekten, mit deren Vertreter:innen ein Austausch stattfinden könne, nach inhaltlich ähnlichen Kriterien erfolge.

21/001 ANGEMESSENE BERÜCKSICHTIGUNG VON HUMAN INTRUSION BEI DER STANDORTAUSWAHL

Keine Kommentierung.

22/038 (VORMALS 009) VORBEREITUNG ZUM BESSEREN VERSTÄNDNIS DER GEOWISSENSCHAFTLICHEN ABWÄGUNGSKRITERIEN

Keine Kommentierung.

23/024 GEO-KRITERIEN BEI DER REPRÄSENTATIVEN VORLÄUFIGEN SICHERHEITSUNTERSUCHUNGEN (RVSU) ZIELGERICHTET EINSETZEN

Keine Kommentierung.

24/039 (VORMALS 010) BESCHLEUNIGUNG DES VERFAHRENS

- zurückgezogen

25/005 DARSTELLUNG UND ERGEBNISSE PHASE I

- zurückgezogen

Es wird angemerkt, dass einige Teilnehmende trotz des Rückzugs durch den Antragssteller ein Interesse am Antrag haben. In der nächsten öffentlichen Sitzung (21.02.2024) soll dieser Antrag aufgegriffen werden.

26/021 UNKLARHEIT DER METHODEN DER RVSU

Keine Kommentierung.

27/023 WIRTSGESTEINSABHÄNGIGE VERGLEICHE IN A-GEBIETEN

Keine Kommentierung.

28/022 BERÜCKSICHTIGUNG VON UNTERSCHIEDLICHEN GESTEINEN IM KRISTALLIN

Kommentar: Es sei schwer, die Vielfalt der Kristallin-Gesteine zu berücksichtigen.

- zurückgezogen

29/011 WISSENSCHAFTLICH ANERKANNTEN DATEN ALS AUSWAHLKRITERIUM ZUR ERDBEBENGEFÄHRDUNG

Keine Kommentierung.

Impressum

**Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
(BASE)**

Wegelystraße 8
10623 Berlin

Telefon: 030 184321-0
E-Mail: info@base.bund.de
www.base.bund.de

Bei Fragen oder Anregungen schreiben
Sie an: beteiligung@base.bund.de